

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 18. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2000-2004)

Sitzungsdatum: Mittwoch, 17. April 2002
 Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
 Sitzungsdauer: 18.00 – 20.30 Uhr

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Beat Meyer-Zehnder, Präsident Einwohnerrat
 Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Ruth Greiner, Präsidentin
 Dr. Anton Lauber, Vizepräsident
 Dr. Leo Zehnder
 Roman Meury
 Beatrice Fuchs
 Paul Schüpbach
 Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
 Christine Graf, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste: ---

Entschuldigt: Dr. Lukas Rosenthaler

Abwesend: Peter Hauser

Bereinigte Traktandenliste

1. Nachrücken in den Einwohnerrat
 anstelle der zurückgetretenen Jacqueline Misslin, FDP-Fraktion,
 für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004) Geschäft 3341
2. Wahl eines Mitglieds in die Umweltkommission
 anstelle der zurückgetretenen Jacqueline Misslin, FDP-Fraktion,
 für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004) Geschäft 3342
3. Berichte des Gemeinderates und der Kommission für Gemeindeordnung
 und -reglemente betreffend Totalrevision des Feuerwehreglementes
 der Gemeinde Allschwil vom 7. Dezember 1983, 2. Lesung Geschäft 3287/A
4. Berichte des Gemeinderates und der Kommission für Gemeindeordnung
 und -reglemente betreffend Totalrevision des Steuerreglementes
 der Gemeinde Allschwil vom 14. Mai 1986, 1. Lesung Geschäft 3293/A

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 5. | Bericht der Geschäftsprüfungskommission betreffend Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Grundstücke und Liegenschaften | Geschäft 3331 |
| 6. | Motion von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Ueberprüfen der Dienstleistungen der Gemeinde Allschwil | Geschäft 3334 |
| 7. | Motion von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend Ergänzung des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates § 40, Behandlung von Motionen und Postulaten | Geschäft 3326 |
| 8. | Motion von Heinz Werdenberg, SD-Fraktion, betreffend Stopp der untragbaren Toleranz der Gemeindepolizei gegenüber notorischen Falschparkierern | Geschäft 3297 |
| 9. | Interpellation von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Beratung Geschäft 3291, Schwund der Allschwiler Wohnbevölkerung, vom 19.09.2001 | Geschäft 3302 |
| 10. | Motion von Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, betreffend Berichte mit Lösungsvorschlägen in Bezug auf die Beratung Geschäft 3291, Schwund der Allschwiler Wohnbevölkerung, vom 19.9.2001 | Geschäft 3303 |
| 11. | Interpellation von Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, betreffend Schriftlicher Bericht über die Höhe der Ausgaben in Zusammenhang mit der Studierarbeit und –präsentation „Gemeindeentwicklung“ und „Stärkung der lokalen Einkaufsfunktion“ | Geschäft 3323 |
| 12. | Postulat von Dr. Guido Beretta und Christoph Morat betreffend Verbesserung der Verkehrssituation am Lindenplatz, insbesondere Änderung der Tramstation | Geschäft 3324 |
| 13. | Postulat von Dr. Ivo Corvini, namens der CVP/SVP-Fraktion, betreffend Zugänglichkeit der Ochsenegasse für den Strassenverkehr | Geschäft 3327 |
| 14. | Postulat von Dr. Ivo Corvini, namens der CVP/SVP-Fraktion, betreffend Ueberprüfung des gesamten Gemeindestrassennetzes im Hinblick auf die Benutzungsmöglichkeit | Geschäft 3328 |
| 15. | Postulat von Robert Richner, FDP-Fraktion, betreffend Sponsoring von einzelnen Gemeindeleistungen | Geschäft 3335 |

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Die Protokollführerin

Christine Graf

Einwohnerratsprotokoll Nr. 18 vom 17. April 2002

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Beat Meyer-Zehnder

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Der Vorsitzende **Beat Meyer** heisst die Anwesenden willkommen, insbesondere das neue Ratsmitglied Verena Müller Daum, FDP-Fraktion.

- Stand der Beschwerde von G. Beretta und Kons. gegen den Einwohnerratsbeschluss vom 12.12.2001, Budget-Pos. 780-301, Geschäft 3317: Die Vernehmlassung des Büros wurde dem Regierungsrat zugestellt. Es gibt keinen weiteren Schriftwechsel.

- Beschwerde des Gemeinderates gegen den Einwohnerratsbeschluss vom 20.3.2002, Plafonierung des Personalbestandes, Geschäft 3333: Die ausführliche Begründung des Gemeinderates erfolgt voraussichtlich bis Ende April 2002.

Bereinigung der Traktandenliste

Der Vorsitzende **Beat Meyer** stellt die Traktandenliste der heutigen Plenarsitzung zur Diskussion.

://:

Die Traktandenliste wird stillschweigend gutgeheissen.

Neue parlamentarische Vorstösse

Postulat von Alex Horisberger, FDP-Fraktion:
Abgabe von (unüberbauten) Grundstücken im Baugebiet, Geschäft 3347

Der Postulant verzichtet auf eine mündliche Begründung.

Neue Parlamentsmitglieder / Rücktritte aus dem Parlament /

Neu per 17.4.2002:
Verena Müller Daum, FDP-Fraktion, anstelle der zurückgetretenen Jacqueline B. Misslin.

196 01.030 Einwohnerrat

**1. Nachrücken in den Einwohnerrat
anstelle der zurückgetretenen Jacqueline Misslin, FDP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004), Geschäft 3341**

Der Vorsitzende **Beat Meyer** heisst das neue Parlamentsmitglied Verena Müller Daum herzlich willkommen und wünscht ihr viel Erfolg in der politischen Tätigkeit.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird vom Nachrücken der *Verena Müller Daum, FDP-Fraktion*, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) Kenntnis genommen.

Mitteilung an:

- Verena Müller Daum, FDP-Fraktion (als Wahlanzeige)
- Dr. Max Ribi, Präsident FDP Allschwil
- HA Zentrale Dienste

197 01.032 Kommissionen des Einwohnerrates

**2. Wahl eines Mitglieds in die Umweltkommission
anstelle der zurückgetretenen Jacqueline Misslin, FDP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004), Geschäft 3342**

Seitens der FDP-Fraktion liegt folgende Nomination vor:

Verena Müller Daum.

Stille Wahl wird auf Antrag des Präsidenten mit grossem Mehr gutgeheissen.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird in Stiller Wahl als Mitglied der Umweltkommission anstelle der zurückgetretenen Jacqueline Misslin, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) gewählt:

Verena Müller Daum.

Mitteilung an:

- Verena Müller Daum, FDP-Fraktion (als Wahlanzeige)
- Dr. Max Ribi, Präsident FDP Allschwil
- HA Zentrale Dienste

198 01.001 06.050 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal
Feuerwehr

**3. Berichte des Gemeinderates und der Kommission für Gemeindeordnung
und -reglemente betreffend Totalrevision des Feuerwehrreglementes
der Gemeinde Allschwil vom 7. Dezember 1983, 2. Lesung, Geschäft 3287/A**

Die Kommissionspräsidentin **Margaret Wagner** unterbreitet einen neuen Formulierungsvorschlag für § 4 lit. I, welcher auf den Antrag von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, anlässlich der 1. Lesung des Feuerwehrreglementes vom 27.2.02 zurückgeht und eine eindeutigere Bestimmung verlangt:

§ 4 Befreiung von der Dienstpflicht

...

I) werdende Mütter und Personen, die ~~allein oder hauptverantwortlich~~ **als Alleinerziehende** vorschul- oder schulpflichtige Kinder betreuen, soweit die Betreuung nicht in Ausübung einer beruflichen Tätigkeit erfolgt.

Margaret Wagner erläutert, dass das Votum Winter auch die Idee von der Befreiung von der Dienstpflicht aller Personen, die Hausarbeit verrichten (Hausfrauen, Hausmänner), beinhaltet. Leider wurde dieses Anliegen aber am 27.2. nicht als Antrag formuliert. Die Reglementscommission hat die nun vorliegende schlichte Formulierung auf dem Korrespondenzweg beschlossen. Sie richtet das Wort an Jean-Jacques Winter und teilt ihm mit, dass er seine Argumente auch jetzt noch einbringen und diskutieren lassen kann. Sie beantragt Zustimmung zur neuen Formulierung der Reglementscommission betreffend § 4 lit. I.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, hätte mehr erwartet von der Reglementscommission, als die geringfügig geänderte vorliegende Formulierung von lit. I. Alle Parteien hätten in ihren Zielen ganz klar die Familienpolitik, Entlastung der Familien, etc. formuliert. Auch die demografische Entwicklung der Gemeinde zeigt deutlich, dass Familien mit Kindern in Allschwil notwendig sind. Von der Reglementscommission hätte er einen familienfreundlicheren Vorschlag erwartet. Einen neuen Antrag hat er nicht bereit.

Die Departementsvorsteherin Sicherheit und Einwohnerdienste, **Nicole Nüssli**, hat den Antrag von Jean-Jacques Winter aus der 1. Lesung so in Erinnerung, dass er eine klarere Formulierung von lit. I wünscht. Aufgrund dessen hat man in der Kommission auch nach einer solchen gesucht. Die Reglementscommission hat in diesem Sinne auch ihre Aufgabe klar erfüllt. Der Gemeinderat unterstützt die Formulierung der Kommission.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, sieht grundlegende Unterschiede in der alten und der neuen Formulierung. Die alte Formulierung betrifft werdende Mütter und Personen, egal ob verheiratet oder nicht, die hauptverantwortlich erzieherische Aufgaben wahrnehmen. Die neue Formulierung mit dem Begriff „Alleinerziehende“ könnte auch diejenigen Personen meinen, die nicht verheiratet sind und für Kleinkinder zuständig sind. Das bedeutet, dass Personen, die verheiratet sind und Erziehungsaufgaben wahrnehmen, in der neuen Formulierung nicht mehr berücksichtigt werden.

Gemeinderätin **Nicole Nüssli** stimmt zu, dass die neue Formulierung tatsächlich einschränkender sei. Der Entscheid liegt nun beim Parlament.

Jakob Vogt, CVP/SVP-Fraktion, hält dem Votum Winter entgegen, dass genau die feuerwehropflichtigen Jahrgänge diejenigen Personen sind, die kleine Kinder haben. Genau zu diesem Zeitpunkt sei die Mutter oder der Vater für die Erziehungsaufgabe gefragt. Will man alle diese Personen von der Dienstpflicht befreit, bleiben nicht mehr viele übrig, die dienstpflichtig sind. Er findet den Vorschlag der Reglementscommission umfassend und bittet um Zustimmung.

Die Präsidentin der Reglementscommission, **Margaret Wagner**, fordert Jean-Jacques Winter nochmals auf, einen seinem wirklichen Anliegen entsprechenden Antrag zu formulieren.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, bittet die Kommissionspräsidentin, im Plenum die Kommissionsmeinung, und nicht ihre persönliche Meinung zu vertreten.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, dankt Dr. Guido Beretta für seinen wichtigen Hinweis im vorangegangenen Votum und unterbreitet folgenden neuen Antrag zu § 4, lit. I:

...

I) Werdende Mütter und Personen, die als Alleinerziehende oder in ungetrennten Erziehungsgemeinschaften hauptverantwortlich die Betreuung von vorschul- oder schulpflichtigen Kindern übernehmen (Hausväter und Hausmütter).

In diesem Falle sei das Konkubinat gleichgestellt mit der gebundenen Familie, schliesst Jean-Jacques Winter sein Votum.

Nicole Nüssli gibt zu bedenken, dass es den Fall „Ehegatten in ungetrennter Ehe“ gibt. Diese fallen unter lit. j. Einer von beiden ist feuerwehrpflichtig.

Jean-Jacques Winter erkundigt sich, ob es richtig sei, dass

- im Konkubinat der/die Alleinerziehende von der Dienstpflicht befreit ist und
- bei verheirateten Paaren, in denen keiner der Ehepartner Dienst tut, beide steuerpflichtig sind.

Er fragt sich, ob dieser Unterschied gewollt ist.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, sieht das Problem in der Ersatzpflicht. In ungetrennt lebender Familie zahlen beide Partner die Ersatzpflichtabgabe, im Konkubinat zahlt nur ein Partner die Ersatzabgabe.

://:

Mit 34 Stimmen wird die zweite Lesung der Totalrevision des Feuerwehreglementes der Gemeinde Allschwil vom 7. Dezember 1983 bis zur Klärung der aufgeworfenen Fragen durch die Reglementscommission ausgestellt.

199 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal
 07.100 Steuerwesen

4. Berichte des Gemeinderates und der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente betreffend Totalrevision des Steuerreglementes der Gemeinde Allschwil vom 14. Mai 1986, 1. Lesung, Geschäft 3293/A

Die Präsidentin der Reglementscommission, **Margaret Wagner**, führt aus, dass es sich bei der Totalrevision des kommunalen Steuerreglementes hauptsächlich um eine Anpassung an das kommunale Musterreglement handelt.

Der Kommissionsbericht 3293A liegt bei und bildet Bestandteil dieses Protokollauszuges.

EINTRETENSDEBATTE

Jürg Gass, namens der SP-Fraktion, bittet um Zustimmung zum totalrevidierten kommunalen Steuerreglement. Die kantonalen Vorgaben hätten wenig Spielraum gelassen.

Jakob Vogt, namens der CVP/SVP-Fraktion, gibt Zustimmung zum Eintreten bekannt. Er weist auf § 1 hin, in welchem die Einwohnergemeinde genannt ist, welche zur Erfüllung ihrer Aufgaben Steuern erhebt. Es sei wichtig, dass Steuern in dem Mass erhoben werden, wie zur Aufgabenerfüllung benötigt wird. Er ruft dies in Erinnerung für den Fall, dass wieder einmal ein Steuersatz beschlossen werden muss.

Gabriela Spinnler, namens der FDP-Fraktion, ist für Eintreten auf Geschäft 3293.

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion: Es sei zwingend, sich den übergeordneten Bestimmungen des Kantons Basel-Landschaft anzupassen, z.B. die einjährige Steuerveranlagung. Deshalb ist die SD-Fraktion ebenfalls für Eintreten.

://:

Eintreten auf Geschäft 3293 ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

§ 1 Gegenstand

Keine Wortmeldungen.

§ 2 Steuerfuss, Steuersatz

Keine Wortmeldungen.

§ 3 Steuerveranlagung

Hanspeter Frey, stellt namens der FDP-Fraktion folgenden Antrag:

¹ *Die kommunale Steuerabteilung ~~nimmt~~ kann die Veranlagung der Unselbständigerwerbenden ... vornehmen.*

Diese Formulierung lasse die Möglichkeit offen – wie bereits verschiedentlich im Rat diskutiert - die Dienstleistungen der kommunalen Steuerverwaltung auszulagern. Hanspeter Frey bittet um Zustimmung zu diesem Antrag.

Finanzvorsteher Dr. Leo Zehnder lehnt die von der FDP-Fraktion vorgeschlagene kann-Formulierung ab. Seines Wissens lautete der Konsens im Rat, dass ein Outsourcing der Steuerabteilung im jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll wäre. Die Gemeinde Allschwil veranlagt die Unselbständigerwerbenden selber. Gerade im Moment sind die Fragen (aufgrund der neuen einjährigen Steuerveranlagung) an die kommunale Steuerabteilung zahlreich; die Beratung ist sehr gefragt. Leo Zehnder kann sich nicht vorstellen, dass es von der Einwohnerschaft verstanden würde, wenn die Steuerveranlagung dem Kanton übergeben würde und man sodann in Liestal Rat holen müsste. Eine kann-Formulierung wäre ein schlechtes Signal an die Bevölkerung. Nach der heutigen Diskussion müsste der Einwohnerrat der Bevölkerung klar signalisieren, dass die Gemeinde die Veranlagung der Unselbständigerwerbenden weiterhin selber vornimmt. Würde der von Hanspeter Frey genannte Fall doch einmal eintreffen, wäre Paragraph 3 rasch umformuliert. Er bittet den Rat, an der bisherigen Formulierung festzuhalten.

Auch **Peter Humbel**, SP-Fraktion, schliesst sich der Meinung von Dr. Leo Zehnder an.

Hanspeter Frey, namens der FDP-Fraktion, zieht den Antrag zurück.

§ 4 Gemeindesteuerrechnung

Keine Wortmeldungen.

§ 5 Rechtsmittel

Hanspeter Frey, namens der FDP-Fraktion, unterbreitet folgenden Antrag zu Abs. 2:

² *Einsprachen sind schriftlich ~~und begründet~~ innert 30 Tagen nach der Eröffnung der Veranlagung der Staatssteuer zu erheben.*

Diese Formulierung entspricht genau der übergeordneten kantonalen Steuergesetzgebung. Das kommunale Reglement sollte keine Begründung verlangen, wenn eine solche von der kantonalen Behörde nicht verlangt wird. Zudem werden die Einsprachen vom Kanton behandelt. Er bittet um Zustimmung zu seinem Antrag

Jürg Gass, SP-Fraktion, sieht in einer unbegründeten Einsprache lediglich eine Verzögerung des Vorgangs. Wenn Einsprache erhoben wird, sollte dafür auch ein Grund angegeben werden.

Jakob Vogt, CVP/SVP-Fraktion, weist darauf hin, dass die Formulierung von Abs. 2 aus dem kantonalen Musterreglement übernommen worden ist und damit sicher mit der kantonalen Steuergesetzgebung übereinstimmt.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, sieht im Antrag der FDP-Fraktion eine Unterstützung von trölerischen Einsprachen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten müssen wiederum vom Steuerzahlenden getragen werden. Die Fraktion kann diesen Antrag nicht unterstützen.

Hanspeter Frey erläutert nochmals den Hintergrund für den Antrag seiner Fraktion.

Robert Richner, FDP-Fraktion, teilt mit, dass gemäss kantonalem Steuergesetz § 131 lediglich die Schriftlichkeit für eine Einsprache verlangt wird. Die Kommune darf nicht höhere Anforderungen als der Kanton stellen.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, sieht keinen Bedarf für eine umfangreiche Beschwerdebegründung. Meistens ist der Fall bereits gut dokumentiert und zusätzliche Erklärungen können auch telefonisch abgegeben werden.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, ist der Meinung, dass die Gemeinde die Kompetenz hat, eine schriftliche und begründete Einsprache zu verlangen. Er lehnt den FDP-Antrag weiterhin ab.

Gabriela Spinnler, FDP-Fraktion: Die Reglementscommission hat sich in der Vorberatung immer auf das kantonale Musterreglement abgestützt und die Uebereinstimmung mit der kantonalen Steuergesetzgebung nicht kontrolliert. Falls das kantonale Reglement nur die Schriftlichkeit verlangt, kann die Gemeinde nicht eine Begründung verlangen, weil nur gegen die definitive Veranlagung der Staatssteuer Einsprache erhoben werden kann, und dort ist die Begründung nicht verlangt. Es handle sich lediglich um eine formale Angelegenheit. In den meisten Fällen werden die Einsprachen begründet. Sie empfiehlt Zustimmung zum FDP-Antrag.

Margaret Wagner, Präsidentin der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente, hält es ebenfalls für einwohnerfreundlicher, keine Begründung zu verlangen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, beantragt zu Abs. 2 was folgt:

² *Einsprachen sind schriftlich und begründet innert 30 Tagen nach der Eröffnung der definitiven Veranlagung der Staatssteuer zu erheben.*

://:

Auf Vorschlag des Vorsitzenden **Beat Meyer** werden die beiden Anträge von der Reglementscommission zu Händen der 2. Lesung vorbereitet.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, bittet um Beizug des Rechtsdienstes in dieser Angelegenheit. Gemeinderat **Dr. Leo Zehnder** sichert dies zu.

§ 6 Fälligkeit, Vergütungs-, Verzugszins und Steuerbezug

Keine Wortmeldungen.

§ 7 Akontozahlung

Keine Wortmeldungen.

§ 8 Stundung und Erlass

Keine Wortmeldungen.

§ 9 Aufhebung bisherigen Rechts

Keine Wortmeldungen.

§ 10 Inkrafttreten

Keine Wortmeldungen.

Damit ist die 1. Lesung der Totalrevision des Steuerreglementes der Gemeinde Allschwil vom 14. Mai 1986 abgeschlossen.

200 01.032 Kommissionen des Einwohnerrates
11.100 Raumplanung/Zonenplanung

5. Bericht der Geschäftsprüfungskommission betreffend Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Grundstücke und Liegenschaften, Geschäft 3331

Mathilde Oppliger, Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission: Wie im Bericht 3331 ersichtlich, hat sich die Prüfung hauptsächlich auf die finanziellen Aspekte der Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Grundstücke bezogen. Bei den Liegenschaften wurde zudem der bauliche Zustand und die Vorgehensweise bei Wohnungsvergaben geprüft. Bei der Evaluation der Grundstücke ist die Wahl auf zwei Parzellen gefallen, die als Bauland eingestuft sind, jedoch anders genutzt werden. Das Grundstück „Sturzenegger“ (Spitzwaldstrasse) wurde nicht einbezogen, weil es als Reserve für gemeindeeigene Bauten vorgesehen ist. Die GPK empfiehlt dem Gemeinderat, weitere gemeindeeigene Parzellen auf ihre Wirtschaftlichkeit hin zu untersuchen. Sie ist aber auch der Meinung, dass nicht bei den ersten finanziellen

Schwierigkeiten das Tafelsilber „verscherbelt“ werden sollte. Für das Grundstück „Wegmatten“ wird dringend eine besser Nutzung empfohlen, und zwar unabhängig vom Bau eines Veranstaltungssaales oder vom Coop Center. Die daraus resultierenden Einnahmen würden der Gemeinde gut tun.

Die von der GPK geprüften Liegenschaften sind in einem guten Zustand. Mit Ausnahme von einem Objekt sind die Mietzinse den Objekten angepasst. Beim Vereinslokal Mühlemattweg 39, vermietet an die Fischereigesellschaft Allschwil, wurde der Mietzins anfangs als zu günstig empfunden. Jedoch konnte bei der Ueberprüfung festgestellt werden, dass die Vereinsmitglieder jedes Jahr auch eigene finanzielle Mittel einsetzen und zudem freiwillige Arbeit für die Hege und Pflege der Gewässer der Gemeinde Allschwil leisten.

Die GPK-Präsidentin dankt abschliessend allen, die am Bericht mitgearbeitet haben für ihren Einsatz. Der Dank geht an die Kommissionskolleginnen und -kollegen, die Bauverwaltung, das Gemeindesekretariat, die Verwaltung und die Fischereigesellschaft Allschwil.

Der schriftliche Bericht 3331 liegt bei und bildet Bestandteil dieses Protokollauszuges.

Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, **Roman Meury**: Der Gemeinderat geht mit den Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission einig.

Bezüglich Zahnarztpraxis Muesmattweg 4 wird der Mietzins überprüft, sofern das Lokal auch weiterhin in dieser Form genutzt wird. Betreffend Nutzung des Areals Baslerstrasse 63, Parzelle d'Aujourd'hui, ist man ebenfalls der selben Meinung wie die GPK. Gemeinderat Meury stellt einen Bericht an den Einwohnerrat in Aussicht, welcher den Kredit für einen Architekturwettbewerb für die Planung dieser Überbauung beantragt. Betreffend Wegmatten ist auch der Gemeinderat der Meinung, dass eine zonenkonforme Nutzung so rasch als möglich realisiert werden soll. Die entsprechenden Vorarbeiten sind bereits in Gang. Auch hierzu stellt er zwei Berichte an den Einwohnerrat in Aussicht, nämlich bezüglich Wegmatten I (Saalbau und Coop Center) und II (Dienstleistungen und Wohnen).

Der Gemeinderat zeigt sich zufrieden, dass die Geschäftsprüfungskommission seine Meinung teilt.

EINTRETENSDEBATTE

Dr. Guido Beretta, namens der FDP-Fraktion, stellt sich voll hinter die Empfehlungen der GPK, möchte diese aber in einen grösseren Zusammenhang stellen. Seit Dezember 2001 ist das Hauptthema die schlechte finanzielle Lage der Gemeinde Allschwil. Bis jetzt wurde als Lösung immer eine Steuererhöhung in Betracht gezogen, um bereits getätigte Ausgaben zu finanzieren. Nun sei die erste Empfehlung der GPK, die Parzelle am Baselmattweg/Wegmatten zonenkonform zu bewirtschaften, keine, die sofort Zehntausende von Franken an Sparpotential bringe, sondern eine sechsstellige Zahl, die weit über eine halbe Million Einnahmen schaffe. Und dies wäre eine substantielle Verbesserung des Zustandes der Gemeindekasse. Es handle sich um einen strategischen Entscheid, der in erster Priorität behandelt werden müsste. Es freut den Votanten, dass die Ausführungen von Gemeinderat Roman Meury in diese Richtung zielen. Die FDP-Fraktion unterstützt diese Richtung voll und ganz.

Felix Mensch, namens der CVP/SVP-Fraktion, dankt für den ausführlichen und informativen Bericht, der aufzeigt, was Allschwil hat und welche neuen Möglichkeiten sich daraus ergeben könnten. Erwähnt werden müsse bei den gemeindeeigenen Grundstücken zusätzlich das Areal des Quartiertreffs Dürrenmatten. Als weiteren Punkt spricht Felix Mensch die landwirtschaftlich genutzten Flächen an. Diesbezüglich habe sich Allschwil eine namhafte Landreserve angeschafft. Diese Parzellen haben bisher sinnvollerweise für mögliche Tauschgeschäfte zur Verfügung gestanden. In der aktuellen Situation stellt sich aber die Frage, ob diese inskünftig wirtschaftlich anders genutzt werden könnten. Diese gebundenen Kapitalien könnten verkauft und der Erlös für die notwendigen Infrastrukturkosten, die in der Gemeinde Allschwil anfallen, eingesetzt werden. Dieser Aspekt sollte grundsätzlich diskutiert werden. Andere Gemeinden praktizieren diese Nutzungsart bereits.

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion, hält den GPK-Bericht für sehr objektiv. Ausser dem sehr günstigen Mietzins für die Zahnarztpraxis Muesmattweg 4 ist die Überprüfung durchwegs positiv ausgefallen. Er dankt namens seiner Fraktion für die Informationen.

Auch **Mark Aellen**, namens der SP-Fraktion, äussert sich positiv zum GPK-Bericht. Er ist insbesondere froh, dass die GPK nicht alle im Rat vorhandenen Gedanken aufgenommen hat. Mehrfach hat er gehört, dass die gemeindeeigenen Parzellen möglichst zahlreich und teuer überbaut oder verkauft werden sollen. Er erinnert, dass jeder Neubau auch neue Infrastrukturkosten bringt. Wachstum allein löst nicht alle Probleme; ein Wachstum sollte auch gesund sein.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, erkundigt sich, warum die Liegenschaft „Mühle“ nicht überprüft wurde.

Die Kommissionspräsidentin **Mathilde Oppliger** antwortet, dass bei der letzten Vermietung des Restaurants der Mietzins namhaft angepasst und das Gebäude instandgestellt worden ist. Aus diesem Grund hat die GPK von einer Prüfung abgesehen.

//:

Eintreten auf Geschäft 3331 ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Einleitung

Kein Wortbegehren.

Vorgehen

Kein Wortbegehren.

Landwirtschaftlich genutzte Parzellen

Kein Wortbegehren.

Anderweitig genutzte Parzellen in der Bauzone

Kein Wortbegehren.

Nutzung der gemeindeeigenen Liegenschaften

Kein Wortbegehren.

//:

Vom Bericht der Geschäftsprüfungskommission betreffend Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Grundstücke und Liegenschaften wird mit grossem Mehr Kenntnis genommen.

201 07.011 Finanzplan

6. Motion von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Ueberprüfen der Dienstleistungen der Gemeinde Allschwil, Geschäft 3334

Der Departementsvorsteher Finanzen, **Dr. Leo Zehnder**, bittet den Rat, die Motion 3334 nicht erheblich zu erklären. Mit der Dienstleistungsüberprüfung beschäftigt sich der Gemeinderat schon seit längerem, und mit Bericht 3336 hat er dem Einwohnerrat entsprechende Vorschläge unterbreitet. Durch das Nichteintreten auf den Bericht hat sich dieses Thema für den Moment erledigt. Jedoch hält der Gemeinderat am 19. April 2002 einen Workshop betreffend Finanzen ab, in welchem er neue Ideen zur Verbesserung der Finanzlage der Gemeinde Allschwil

entwickeln wird. In den kommenden Monaten wird im Zusammenhang mit dem überarbeiteten Finanzplan für die Jahre 2003 – 2007 und der Rechnung 2001 entschieden werden müssen, welcher Weg bezüglich Finanzen eingeschlagen wird. In dieser Situation wäre es ungünstig, die Motion 3334 an den Gemeinderat zu überweisen.

Der Motionär **Alex Horisberger**, FDP-Fraktion, hatte durch die ablehnende Haltung des Gemeinderates den Ersteindruck, man habe kein Interesse daran, zu neuen Geldquellen zu gelangen. Die Dienstleistungen der Gemeinde müssten selbstverständlich tagtäglich überprüft werden, aber vor allem Punkt 2 der Motion – prüfen, wo finanzielle Mittel, allenfalls Vermögenswerte, zur Abfederung des Gemeindehaushaltes freigegeben werden können (z.B. Grundstücke, die heute brach liegen und nicht mehr von Interesse für die Gemeinde sind) - sei eine Diskussion wert. Um diese Gedanken zu untermauern, hat er das Postulat 3344 eingereicht, das die Prüfung der Abgabe von (unüberbauten) Grundstücken im Baugebiet fordert. Er appelliert nochmals an die Anwesenden, neue Einnahmequellen zu erschliessen. Der Motionär zeigt sich nicht zufrieden mit der Antwort des Gemeinderates. Er hält an der Erheblicherklärung des Vorstosses fest.

Dr. Leo Zehnder, Departementsvorsteher Finanzen, hält fest, dass die vorangegangene Diskussion zu Geschäft 3331 gezeigt hat, dass sich das Plenum einig ist, die gemeindeeigenen Parzellen zu überprüfen. Gemeinderat Roman Meury hat signalisiert, dass die Exekutive ebenfalls der Meinung ist, die sei eine permanente Aufgabe. Leo Zehnder erkundigt sich bei Alex Horisberger, ob das heute Abend neu eingereichte Postulat, Abgabe von (unüberbauten) Grundstücken im Baugebiet, Geschäft 3344, obsolet ist, wenn die jetzt zur Diskussion stehende Motion 3334 überwiesen wird. Er sieht keinen Sinn in mehreren Aufträgen zum gleichen Thema und bittet nochmals, die Motion 3334 abzulehnen.

Gemeinderat **Paul Schüpbach**, Departement Tiefbau/Umwelt, ergänzt das Votum Zehnder betreffend Ablehnung des Vorstosses dahingehend, dass in der Motion 3334, Überprüfen der Dienstleistungen der Gemeinde Allschwil, die Einheit der Materie durch zwei ganz unterschiedliche Forderungen nicht gewährleistet sei. Zum Zweiten habe die Begründung von Alex Horisberger zur Motion 3334 keinen Zusammenhang mit einer Dienstleistungsüberprüfung. Er erinnert, dass anlässlich der Plenarsitzung vom 20.3.2002 auf die exakt gleichlautende Vorlage des Gemeinderates, nämlich Bericht 3336, Überprüfung der Dienstleistungen der Einwohnergemeinde Allschwil, Kürzungsvorschläge des Gemeinderates, nicht eingetreten wurde. Im Weiteren hebt er hervor, dass der Gemeinderat die Anliegen des Einwohnerrates sehr ernst nimmt. In diesem Fall bittet er den Rat jedoch, aus den genannten Gründen die Motion 3334 abzulehnen.

Jean-Jacques Winter, namens der SP-Fraktion, appelliert an den Motionär Alex Horisberger, die Motion 3334 zurückzuziehen. Die Argumentation und Forderungen der Motion empfindet er als „flach“ und in jedem Fall nicht innert der vorgegebenen Frist von 6 Monaten erfüllbar. Auf keinen Fall dürfen die Dienstleistungen der Gemeinde Allschwil ohne zu hinterfragen auf ein Minimum reduziert werden. Es muss eine bedürfnisabgeklärte Dienstleistungspalette bestehen, und diese sei mit Bestimmtheit nicht identisch mit einer minimalen Palette. Die Studie Plattner/Schulz habe deutlich ausgesagt, dass Allschwil Qualität finden muss, und nicht verlieren, also müssen die heutigen Dienstleistungen erhalten bleiben. Im Weiteren habe die fast einstimmige Kenntnisnahme des GPK-Berichtes 3331 das Einverständnis des Rates zur vorgeschlagenen Richtung gezeigt. Er möchte keinesfalls, dass der Gemeinderat in 6 Monaten neue Vorschläge betreffend Dienstleistungskürzungen vorlegt. Für diesen Fall kündigt Jean-Jacques Winter eine namentliche Abstimmung an. Er bittet Alex Horisberger nochmals, die Motion 3334 zurückzuziehen.

Mark Aellen, SP-Fraktion, hält zwar die Grundidee der Motion für richtig; schweren Herzens habe er sich jedoch der SP-Fraktionsmeinung untergeordnet. Dennoch findet er, dass die Verwaltung ein passendes Mittel zur Verfügung habe, innert 6 Monaten einen entsprechenden Bericht vorzulegen, nämlich den *Allwo*-Leistungskatalog. Sichert der Gemeinderat heute dessen Priorität zu, sieht der Sprechende keinen Grund, die Motion aufrecht zu erhalten. Der *Allwo*-

Leistungskatalog biete eine Gesamtübersicht, was sich Allschwil zu leisten gedenkt und anhand dieser Übersicht könne sodann über das Dienstleistungsangebot entschieden werden. Vor diesem Hintergrund empfiehlt auch Mark Aellen die Ablehnung der Motion Horisberger.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** bestätigt, dass bis Ende 2002 die Allwo-Leistungsaufträge vorliegen werden.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, vermisst konkrete Sparvorschläge in der Motion 3334. Zudem hält er den Vorstoss für widersprüchlich, weil der Gemeinderat erst kürzlich konkrete Vorschläge zur Dienstleistungsüberprüfung unterbreitet hat. Diese Tatsache zeuge nicht von einem ehrlichen Sparwillen. Aus diesen Gründen ist die SD-Fraktion gegen die Ueberweisung der Motion Horisberger.

Der Motionär **Alex Horisberger** weist darauf hin, dass er die Motion 3334 bereits am 23. Januar 2002 eingereicht hat und seither einige Zeit vergangen ist. Die erste Forderung seines Vorstosses sei deshalb mittlerweile erfüllt, im Gegensatz zur zweiten Forderung. Aus diesem Grund hält er an der Ueberweisung der Motion 3334 an den Gemeinderat fest.

Für **Stefan Brügger**, CVP/SVP-Fraktion, ist es aufgrund der Beratung von Geschäft 3336 vom 20.3.2002 unlogisch, dass die FDP-Fraktion die Motion 3334 in der Zwischenzeit nicht zurückgezogen hat. Aufgrund des damaligen Entscheides gilt die Motion 3334 für die CVP/SVP-Fraktion als bereits erledigt. Bezüglich Forderung 2 wurde ebenfalls bereits in der März-Plenarsitzung entschieden, dass der Gemeinderat ein entsprechendes Gesamtkonzept vorlegen soll. Die CVP/SVP-Fraktion ist gegen die Ueberweisung der Motion 3334.

Jan Oppliger, JUMP, nimmt aus ähnlichen Gründen wie der Gemeinderat eine ablehnende Haltung ein. Er gibt zu bedenken, dass es relativ spät sei, erst Ende Jahr über das Sparpotential zu diskutieren. Aus diesem Grund sollte der Allwo-Leistungskatalog baldmöglichst zur Verfügung stehen.

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, weist darauf hin, dass jeder Einwohnerrat bei der Budgetberatung 2003 die Möglichkeit, Einfluss auf die Dienstleistungspalette zu nehmen. Dieser Zeithorizont sei absehbar.

://:

Die Motion von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Ueberprüfen der Dienstleistungen der Gemeinde Allschwil wird mit 28:9 Stimmen abgelehnt.

202 01.030 Einwohnerrat
 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal

7. Motion von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend Ergänzung des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates, § 40, Behandlung von Motionen und Postulaten, Geschäft 3326

Namens des Büros Einwohnerrat teilt der Präsident **Beat Meyer** mit, dass das Büro aus Gründen der Effizienz gerne bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen. Im Weiteren weist er darauf hin, dass bereits seit der März-Plenarsitzung 2002 die Stellungnahme des Gemeinderates zu den traktandierten persönlichen Vorstössen an alle Ratsmitglieder, zusammen mit der Traktandenliste, versandt wird.

Der Vorsitzende schlägt die Anwendung des abgekürzten Verfahrens gemäss Geschäftsreglement § 40 Abs. 3, ... *eine Beratung findet nur statt, wenn aus der Mitte des Einwohnerrates ein gegenteiliger Antrag gestellt wird*, vor.

Der Postulant **Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

Aus dem Plenum liegt kein Gegenantrag bezüglich Vorgehen gemäss Geschäftsreglement § 40 Absatz 3 vor.

://:

Die Motion von Hanspeter Frey, FPD-Fraktion, betreffend Ergänzung des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates, § 40, Behandlung von Motionen und Postulaten, wird einstimmig erheblich erklärt.

203 06.096 Gemeindepolizei; Dienstleistungen
 06.091 Öffentliche Sicherheit

8. Motion von Heinz Werdenberg, SD-Fraktion, betreffend Stopp der untragbaren Toleranz der Gemeindepolizei gegenüber notorischen Falschparkierern, Geschäft 3297

Die Departementsvorsteherin Sicherheit/Einwohnerdienste, **Nicole Nüssli**, geht davon aus, dass die Motion von Heinz Werdenberg in ein Postulat umgewandelt wird. Die Motion in vorliegender Form kann der Gemeinderat nicht entgegen nehmen.

Der Motionär **Heinz Werdenberg**, SD-Fraktion, signalisiert Bereitschaft, die Motion in ein Postulat mit folgender Forderung umzuwandeln:

Der Gemeinderat wird ersucht, bezüglich der Parkplatzproblematik im Wohnquartier „Wilde Viertel“ Lösungswege aufzuzeigen und in absehbarer Zeit zum Wohle der Anwohner umzusetzen.

Gemeinderätin **Nicole Nüssli** teilt mit, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss in dieser Form als Postulat entgegen zu nehmen. Bereits bei der Beratung der Interpellation 3296 habe Heinz Werdenberg darauf hingewiesen, dass das Gebiet rund um das Restaurant Schlüssel sicherheits- und verkehrstechnisch problematisch sei. Der Departementsvorsteherin ist die Problematik bekannt und sie ist sich bewusst, dass dagegen etwas unternommen werden muss. Im selben Zusammenhang hat der Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, Paul Schüpbach, darauf hingewiesen, dass der Gemeinderat die Problematik bereits teilweise bearbeitet, indem u.a. die Neuweilerstrasse bei der Einmündung Mühlebachweg sicherheitstechnisch neu gestaltet wird, damit die Sicherheit für Kinder und Schüler/innen in diesem Bereich besser gewährleistet ist. Bezüglich fehlender Parkraum rund um das Restaurant Schlüssel muss Nicole Nüssli die Erwartungen etwas dämpfen, weil Parkraum nicht so einfach geschaffen werden kann. Sie sichert jedoch eine Bearbeitung der Angelegenheit zu.

Heinz Werdenberg, SD-Fraktion, plädiert für vermehrtes zu Fuss gehen anstelle der Autobenützung.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, hofft, dass der Einwohnerrat der neuen Formulierung folgen kann und bittet um Überweisung des umformulierten Postulates.

Max Amsler, SD-Fraktion, bezieht sich auf das Schreiben von Gemeinderätin Nicole Nüssli an Heinz Werdenberg vom 11.9.2001 und zitiert: „Langfristig könnte in dieser Sache möglicherweise Abhilfe geschaffen werden, indem das Parkplatzangebot im Dorf erweitert wird. Bevor ein solcher Schritt erfolgen kann, müssen verschieden Interessen sorgfältig gegeneinander abgewogen werden.“ Der Sprechende erkundigt sich nach den bisherigen Aktivitäten und dem aktuellen Stand in dieser Angelegenheit.

Gemeinderätin **Nicole Nüssli** bestätigt, dass sich der Gemeinderat dieser Problematik bereits angenommen hat und dies auch weiterhin tun wird. Zudem weist sie auf das bereits bestehende Parkraumbewirtschaftungskonzept für die Gemeinde Allschwil hin.

Aus dem Plenum liegt kein Gegenantrag bezüglich Vorgehen gemäss Geschäftsreglement § 40 Absatz 3 vor.

://:

Die Motion von Heinz Werdenberg, SD-Fraktion, betreffend Stopp der untragbaren Toleranz der Gemeindepolizei gegenüber notorischen Falschparkierern wird mit grossem Mehr dem Gemeinderat als Postulat überwiesen.

204 06.030 Einwohnerkontrolle
 11.140 Gemeindeprojekte

**9. Interpellation von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend
Beratung Geschäft 3291, Schwund der Allschwiler Wohnbevölkerung,
vom 19.09.2001, Geschäft 3302**

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, führt aus, dass der Vorstoss bereits im letzten Herbst als dringliche Interpellation eingereicht worden ist und der Gemeinderat diese aus Gründen der Aktualität gerne damals schon beantwortet hätte. Anlässlich der Oktober-Plenarsitzung 2001 hat der Gemeinderat dem Einwohnerrat dargelegt, wie man gedenkt, die Erkenntnisse der am 19.9.2001 im Einwohnerrat präsentierten Studien „Entwicklung der Gemeinde Allschwil“ und „Stärkung der lokalen Einkaufsfunktion“ umzusetzen und wo dabei der Schwerpunkt gesetzt werden soll:

- **Bausektor:**
 - Ueberarbeitung der gesetzlichen Grundlagen → Revision und Liberalisierung Zonenreglement, zur Zeit in Arbeit
 - Geplante Ueberbauungen vorantreiben: Ziegeleiareal (Bewilligung in Aussicht) Rosenbergrain, Rankacker, Sandweg, Wegmatten I und II, Areal d'Aujourd'hui. Die Studien sagen deutlich aus, dass ca. 100 Wohneinheiten/Jahr realisiert werden müssen, damit die heutige Anzahl Einwohner/innen gehalten werden kann
 - Gespräche mit dem Hauseigentümergebiet und Investoren aufnehmen
- **Schaffung eines neuen „Zentrums, Standort Gemeindeverwaltung**
- **Erhalten eines attraktiven Dorfkerns**
- **Wirtschaftsstandort intensiv fördern:** Intensive Kontakte finden statt mit Unternehmen, der Wirtschaftsförderung beider Basel, Handelskammer Basel-Stadt, Investoren, etc. Die Entwicklung des Innovationszentrums ist für Allschwil sehr interessant und wird intensiv gefördert; innert der letzten 4 Jahre sind 24 Firmen eingezogen und dadurch 600 Arbeitsplätze entstanden.
- **Finanzsituation der Gemeinde mittel- und langfristig stabilisieren:** Ein sehr wichtiges Kriterium beim Erstellen des Finanzplans 2003-2007. Ein Workshop des Gemeinderates zu diesem Thema findet am 19.4.2002 statt.
- **Positive Identität aufbauen**

Ruth Greiner hofft, dass diese Ausführungen im Sinne des Interpellanten sind.

Der Interpellant **Alex Horisberger** verlangt Diskussion.

://:

Diskussion zur Interpellation 3302 wird mit grossem Mehr gutgeheissen.

Alex Horisberger, FDP-Fraktion, hält fest, dass der Einwohnerschwund in Allschwil nicht auf die leichte Schulter genommen werden darf. Er greift folgende Punkte der beiden Studien auf: Die Bemühungen müssen in verschiedene Richtungen zielen, z.B. wird es gesicherte Besitzstände inskünftig nicht mehr geben, der Druck auf Strukturen/Wirtschaftsstandort bleibt

bestehen oder wird erhöht, ständige Verbesserungen der Standortbedingungen sind gefragt, Wohnqualität muss erhalten bleiben, Angebot für „Wohnen im Grünen“ schaffen. Im Weiteren ist der Votant überzeugt, dass ein Aktionsprogramm „Dorfkernentwicklung Allschwil“ eine ausgezeichnete Grundlage für die künftige Entwicklung der Gemeinde Allschwil bilden würde. Abschliessend dankt der Interpellant dem Gemeinderat für die Beantwortung.

Mark Aellen, SP-Fraktion, hält den Schwund der Allschwiler Bevölkerung für ein andauernd dringliches Problem, das nicht nur anlässlich eines dringlich eingereichten Vorstosses diskutiert werden darf.

Bezüglich „Wohnen im Grünen“ hält er es auch für denkbar, dass von einer Wohnstruktur aus den 60er Jahren in einen heute gefragte Wohnstruktur abgeleitet werden kann. Die Forderung sollte nicht so verstanden werden, dass sämtliche Grünflächen überbaut oder verkauft werden. Wohnen im Grünen ist nur möglich, wenn noch Grünflächen vorhanden sind. Überbauen um jeden Preis stellt keine Problemlösung dar.

Im Weiteren scheint im Gemeinderat und im Einwohnerrat allgemein die Meinung zu bestehen, dass Allschwil nur überlebensfähig ist, wenn es bevölkerungsmässig anwächst. Bereits jetzt ist Allschwil jedoch an seinen Kapazitätsgrenzen angelangt. Die bestehende Infrastruktur belastet zudem das Budget bereits heute enorm. Mark Aellen fragt sich aus diesem Grund, ob ein Wachstum, welches die Infrastruktur noch mehr belastet, wirklich die richtige Lösung ist.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** ergänzt ihr vorangegangenes Votum mit der Massnahme „Sanierung von bestehendem Wohnraum“ in Allschwil. Bei zahlreichen grösseren, älteren Überbauungen steht heute eine Sanierung an. Die Suche nach Investoren gestaltet sich bei Neubauten einfacher, indem diese aufgrund ihres Interesses direkt das Gespräch mit der Gemeinde suchen. Glücklicherweise wird die Universität Basel demnächst in einer Studie die Sanierungsmöglichkeiten der älteren Allschwiler Bausubstanz untersuchen. Diese Ergebnisse werden sicherlich ein hilfreiches Instrument für die Gemeinde und mögliche Investoren abgeben.

Bezüglich Wachstum hält Ruth Greiner fest, dass es das Ziel des Gemeinderates ist, die heutige Einwohnerzahl zu halten, und diese Zahl bedürfe keiner zusätzlichen Infrastruktur.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, ruft in Erinnerung, dass Allschwil noch nie so grün war wie heute. Weiter führt er aus, dass bei einer Baulandnutzung, wie sie die Gemeinde Binningen verfolgt, Allschwil 35'000 bis 40'000 Einwohner/innen unterbringen könnte, ohne die Grundstücknutzung zu verändern. Wird dies bedacht, sehen die Perspektiven für Allschwil nicht so schlecht aus.

Kurt Kneier, CVP/SVP-Fraktion, gibt zu überdenken, ob eventuell eine Art „Gesundshrumpfung“ bezüglich der Einwohnerzahl in Aussicht genommen werden muss.

://:

Die Interpellation von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Beratung Geschäft 3291, Schwund der Allschwiler Wohnbevölkerung vom 19.9.2001, wird vom Gemeinderat beantwortet und als erledigt abgeschrieben.

205 11.140 Gemeindeprojekte
 06.030 Einwohnerkontrolle

10. Motion von Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, betreffend Berichte mit Lösungsvorschlägen in Bezug auf die Beratung Geschäft 3291, Schwund der Allschwiler Wohnbevölkerung, vom 19.9.2001, Geschäft 3303

Der Motionär **Dr. Guido Beretta** teilt mit, dass er diesen Vorstoss am 17. Oktober 2001 aus Enttäuschung darüber, dass bis heute zu den sehr ausführlichen Studienpräsentationen vom 19.9.2001 in Einwohnerrat keine systematische Diskussion stattgefunden hat. Wenn er sich

richtig erinnern kann, verfügt der Gemeinderat bereits seit Juli 2001 über die Ergebnisse der beiden Untersuchungen. Im Weiteren zeigt er sich enttäuscht, dass der Einwohnerrat die von Ruth Greiner präsentierten Massnahmen ebenfalls bis heute nicht systematisch diskutiert hat. Die Ausführungen der Gemeindepräsidentin im September/Oktober 2001 hätten darauf schliessen lassen, dass der Einwohnerrat zu den gemäss Studien prüfungswerten Punkten „Steuereinnahmen“, „Lebens- und Wohnqualität“, „Allschwil als Zentrum“, „Marketing“ und „Gegenseitiges Verständnis vertiefen“ Berichte ausarbeiten müsse, um den Gemeinderat in der Problemlösung zu unterstützen. Dieses Vorgehen wurde als nicht richtig empfunden und dies war ein weiterer Grund, warum die Motion 3303 eingereicht worden ist.

Der Motionär dankt dem Gemeinderat für seine Bereitschaft, die Motion als Postulat entgegen zu nehmen. Dabei ist ihm wichtig, dass die im September und Oktober 2001 definierten Schwerpunkte in erster Priorität angegangen werden, weil es sich um strategische Punkte handelt, welche die gesamte Gemeinde betreffen. Diese Punkte müssten unbedingt auch im Einwohnerrat systematisch diskutiert werden, und dies sei bis heute nie der Fall gewesen. Dr. Guido Beretta ist mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Für Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** ist im Moment noch nicht entschieden, in welcher Form die Beantwortung des Postulates 3303 erfolgen wird. Das Einbinden der Lösungen ist schriftliche Berichte sei keine einfache Aufgabe, weshalb die Umwandlung in ein Postulat vorgeschlagen wurde.

Dr. Guido Beretta regt an, unter dem Eindruck der Studienergebnisse die Legislaturziele des Gemeinderates 2000 – 2006 auf die Prioritäten hin zu überprüfen.

Aus dem Plenum liegt kein Gegenantrag bezüglich Vorgehen gemäss Geschäftsreglement § 40 Absatz 3 vor.

:::

Die Motion von Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, betreffend Berichte mit Lösungsvorschlägen in Bezug auf die Beratung Geschäft 3291, Schwund der Allschwiler Wohnbevölkerung vom 19.9.2001, wird mit grossem Mehr dem Gemeinderat als Postulat überwiesen.

206 11.140 Gemeindeprojekte
 06.030 Einwohnerkontrolle

11. Interpellation von Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, betreffend Schriftlicher Bericht über die Höhe der Ausgaben in Zusammenhang mit der Studienerarbeitung und –präsentation „Gemeindeentwicklung“ und „Stärkung der lokalen Einkaufsfunktion“, Geschäft 3323/A

Der Finanzvorsteher **Dr. Leo Zehnder** legt die Antwort zur Interpellation 3323 in Form eines schriftlichen Berichtes (3323A) vor. Der Gemeinderat sei nach wie vor davon überzeugt, dass der Einsatz der finanziellen Mittel für die beiden Studien gerechtfertigt ist und die Präsentationen durch die Diskussion im Einwohnerrat und im Gemeinderat bereits eine grosse Wirkung erzielt haben und noch erzielen werden.

Der Bericht 3323A liegt diesem Protokoll bei und bildet Bestandteil desselben.

Der Interpellant **Dr. Guido Beretta** dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Auch hierbei gibt er nochmals seiner Enttäuschung über die fehlende Diskussion Ausdruck.

:::

Die Interpellation von Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, betreffend schriftlicher Bericht über die Höhe der Ausgaben in Zusammenhang mit der Studienerarbeitung und –präsentation „Gemeindeentwicklung“ und „Stärkung der lokalen Einkaufsfunktion“ wird vom Gemeinderat schriftlich beantwortet und als erledigt abgeschrieben.

207 06.093 Verkehrssicherheit, Strassensignalisation, VPA

12. Postulat von Dr. Guido Beretta und Christoph Morat betreffend Verbesserung der Verkehrssituation am Lindenplatz, insbesondere Änderung der Tramstation, Geschäft 3324

Der Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**: Das Anliegen der beiden am Lindenplatz wohnhaften Postulanten falle beim Gemeinderat auf guten Boden. Der Allschwiler Lindenplatz sei ein Ort, der eine Zentrumsfunktion ausübe. Dort ist eine Minikultur entstanden, und dies sei der Grund, warum der Gemeinderat - nach verschiedenen leider gescheiterten Verhandlungen - vor ca. 1 Jahr einen „Runden Tisch“ ins Auge gefasst hat und dem Büro Metron den Auftrag für eine entsprechende Studie erteilt hat. Am „Runden Tisch“ vom Oktober 2001 haben ebenfalls die Postulanten Beretta und Morat teilgenommen. Die im Postulat angesprochene Tramstation-Sanierung ist ein Bestandteil der Metron-Studie. Mit der BVB haben bereits diese Woche diesbezügliche Gespräche stattgefunden. Die Anliegen der Postulanten werden ernst genommen und Lösungsansätze zu gegebener Zeit vorgelegt. Aus diesem Grund ist der Gemeinderat auch bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.

Der Postulant **Christoph Morat**, SP-Fraktion, dankt Gemeinderat Schüpbach für seine Ausführungen und die Bereitschaft zur Entgegennahme.

Postulant **Dr. Guido Beretta** dankt ebenfalls und hält fest, dass bei der Zusammenkunft vom Oktober 2001 drei Themen diskutiert wurden: Sanierung Lindenstrasse und Umgebung, Wertstoffsammelstelle und Verbesserung der Tramstation. Er bittet um prioritäre Behandlung des letzten Punktes, weil die Tramstation der gefährlichste Punkt am Lindenplatz sei.

Gemeinderat **Schüpbach** nimmt dieses Anliegen entgegen, weist aber darauf hin, dass dessen Umsetzung noch von anderen Stellen als der Gemeinde beeinflusst wird.

Aus dem Plenum liegt kein Gegenantrag bezüglich Vorgehen gemäss Geschäftsreglement § 40 Absatz 3 vor.

//:

Das Postulat von Dr. Guido Beretta und Christoph Morat betreffend Verbesserung der Verkehrssituation am Lindenplatz, insbesondere Änderung der Tramstation, wird mit grossem Mehr dem Gemeinderat überwiesen.

208 06.093 Verkehrssicherheit, Strassensignalisation, VPA

13. Postulat von Dr. Ivo Corvini, namens der CVP/SVP-Fraktion, betreffend Zugänglichkeit der Ochsenegasse für den Strassenverkehr, Geschäft 3327

Die Departementsvorsteherin Sicherheit/Einwohnerdienste, **Nicole Nüssli**, teilt mit, dass der Gemeinderat bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen.

Der Postulant **Dr. Ivo Corvini** dankt für die Bereitschaft zur Entgegennahme und hofft, da die Angelegenheit bereits seit längerem anstehe, auf baldigen Bericht im Einwohnerrat.

Aus dem Plenum liegt kein Gegenantrag bezüglich Vorgehen gemäss Geschäftsreglement § 40 Absatz 3 vor.

://:

Das Postulat von Dr. Ivo Corvini, namens der CVP/SVP-Fraktion, betreffend Zugänglichkeit der Ochseneggasse für den Strassenverkehr, wird mit grossem Mehr dem Gemeinderat überwiesen.

209 06.093 Verkehrssicherheit, Strassensignalisation, VPA

14. Postulat von Dr. Ivo Corvini, namens der CVP/SVP-Fraktion, betreffend Ueberprüfung des gesamten Gemeindestrassennetzes im Hinblick auf die Benutzungsmöglichkeit, Geschäft 3328

Die Departementsvorsteherin Sicherheit/Einwohnerdienste, **Nicole Nüssli**, teilt mit, dass der Gemeinderat bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen.

Aus dem Plenum liegt kein Gegenantrag zur Ueberweisung vor (§ ? Geschäftsreglement)

://:

Das Postulat von Dr. Ivo Corvini, namens der CVP/SVP-Fraktion, betreffend Ueberprüfung des gesamten Gemeindestrassennetzes im Hinblick auf die Benutzungsmöglichkeit wird mit grossem Mehr dem Gemeinderat überwiesen.

210 01.181 Wirkungsorientierte Verwaltungsführung / Allwo

15. Postulat von Robert Richner, FDP-Fraktion, betreffend Sponsoring von einzelnen Gemeindeleistungen, Geschäft 3335

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** teilt mit, dass der Gemeinderat bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen. Erste Versuche im Bereich „Sponsoring“ wurden bereits gemacht, so z.B. beim Tag der Offenen Tür in den Regiebetrieben. Dabei gilt immer wieder auszuloten, wo in der öffentlichen Verwaltung Sponsoring möglich ist und wo nicht.

Der Postulant **Robert Richner**, FDP-Fraktion, dankt dem Gemeinderat für seine Bereitschaft, das Postulat entgegen zu nehmen.

Aus dem Plenum liegt kein Gegenantrag bezüglich Vorgehen gemäss Geschäftsreglement § 40 Absatz 3 vor.

://:

Das Postulat von Robert Richner, FDP-Fraktion, betreffend Sponsoring von einzelnen Gemeindeleistungen, wird mit grossem Mehr dem Gemeinderat überwiesen.